

Abschlussprüfung
im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/r

vom 31. Mai 2022 bis 3. Juni 2022

1. Prüfungsaufgabe: Wirtschafts- und Sozialkunde

Die Prüfungsaufgabe setzt sich aus den Teilen Staatsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaft mit folgender Punkteverteilung zusammen:

Staatsrecht:	30 Punkte
Bürgerliches Recht:	35 Punkte
Wirtschaft:	30 Punkte
Stil, Aufbau, Argumentation:	5 Punkte

Arbeitszeit: 90 Minuten

Hilfsmittel: Es gilt die Hilfsmittelbestimmung für die Zwischen- und Abschlussprüfungen im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/r vom 25. August 2010 mit Ergänzungen vom 28. März 2012, 27. August 2012 und 22. August 2018.

Hinweis: Bitte geben Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen den Bearbeitungsstand Ihrer VSV an!

Beantworten Sie die Fragen und begründen Sie Ihre Antworten mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, sofern nichts anderes angegeben ist!

Diese Aufgabe besteht aus vier Seiten (einschließlich Deckblatt)!

Staatsrecht

30 Punkte

Sachverhalt:

Ihr Kollege Stefan Sorge zeigt sich unzufrieden mit der Regierungsbildung nach der letzten Bundestagswahl am 26.09.2021. Konkret befürchtet er, dass die Koalition aus drei Parteien mit sehr unterschiedlichen Ansichten nicht auf Dauer vernünftig zusammenarbeiten kann. Er vermutet, dass die Regierung nicht bis zum regulären nächsten Wahltermin durchhalten und es wohl eher Neuwahlen geben wird. (Hinweis: Der 20. Deutsche Bundestag trat am 26.10.2021 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.)

Außerdem ist Herr Sorge verwundert, warum sich der aktuelle Bundestag noch einmal vergrößert hat und nun 736 Abgeordnete zählt. So wird nach seiner Meinung kaum ein vernünftiges Arbeiten in Ausschüssen möglich sein.

Aufgaben:

Beantworten Sie die folgenden Fragen unter Angabe der jeweiligen Rechtsquelle.

1. Nennen Sie die Mitglieder der Bundesregierung. (3 Punkte)
2. Das Grundgesetz trifft Regelungen über das Zusammenwirken der Bundesregierung. Nennen und beschreiben Sie die Arbeitsprinzipien der Bundesregierung. (12 Punkte)
3. Nennen Sie das Element, das dem Bundestag zusteht, um die Bundesregierung zu stürzen. (3 Punkte)
4. Nehmen Sie an, dass der 20. Deutsche Bundestag nicht aufgelöst und es keine vorzeitigen Neuwahlen geben wird. Prüfen und erläutern Sie, in welchem Zeitraum dann die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag stattfinden muss. (5 Punkte)
5. Nennen Sie die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages, falls es keine Überhang- bzw. Ausgleichsmandate gibt. (3 Punkte)
6. Die Abweichung zwischen der tatsächlichen und der gesetzlich vorgeschriebenen Mitgliederzahl des Bundestages wird durch Überhang- und Ausgleichsmandate hervorgerufen. Erklären Sie kurz beide Begriffe.

Die Angabe einer Rechtsvorschrift ist nicht erforderlich. (4 Punkte)

Bürgerliches Recht

35 Punkte

Sachverhalt:

Angesichts der akuten Corona-Pandemie will die sächsische Stadt Muldenaue die eigenen Mitarbeiter/innen der Verwaltung bestmöglich schützen.

Der Bürgermeister bestellt daher bei der Firma Pfitzer 1.500 neuartige Corona-Antigen-Schnelltests für insgesamt 3.750,00 €. Auf die Bestellung teilt die Firma per E-Mail mit, dass die Preise bereits gestiegen sind und ein Test mittlerweile 2,75 € kostet. Hierauf erwidert der Bürgermeister, dass er mit diesem Preis einverstanden ist und bittet um schnellstmögliche Lieferung.

Nachdem die Lieferung angekommen und die Tests erstmals in der Verwaltung verwendet werden sollen, wird jedoch festgestellt, dass die notwendige Anleitung zur Durchführung der Tests versehentlich wegen einer firmeninternen Verwechslung der Chargen-Nr. nur in italienischer Sprache vorliegt. Die Tests können daher nicht ordnungsgemäß verwendet werden.

Der Bürgermeister erklärt daraufhin gegenüber der Firma Pfitzer den sofortigen Rücktritt vom Kaufvertrag, da die Tests so unbrauchbar seien. Die Stadt Muldenaue werde den Kaufpreis nicht bezahlen.

Aufgabe:

7.

- a) Erläutern Sie die Voraussetzungen für den Abschluss eines Kaufvertrages zwischen der Stadt Muldenaue und der Firma Pfitzer.
- b) Prüfen Sie ausführlich, ob die Stadt Muldenaue zum Rücktritt von dem Kaufvertrag berechtigt ist.

Wirtschaft

30 Punkte

Sachverhalt:

Die Bundesregierung ist durch das sogenannte Stabilitätsgesetz (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) zur Verfolgung folgender Ziele verpflichtet:

- Stabilität des Preisniveaus,
- hoher Beschäftigungsstand,
- angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum und
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Aufgaben:

Beantworten Sie in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

8. Bei den oben bezeichneten Zielstellungen spricht man auch vom „magischen Viereck“. Beschreiben Sie kurz, warum man das Wort „magisch“ hierbei verwendet. (4 Punkte)

9. (12 Punkte)
 - a) Erläutern Sie die Zielbeziehung zwischen angemessenem und stetigem Wirtschaftswachstum und hohem Beschäftigungsstand und wie die Zielverfolgung des einen Ziels auf das andere wirkt.
 - b) Zeigen Sie die Wirkung anhand eines Beispiels auf.

10. Für das Jahr 2022 erwarten die Experten eine Wachstumsrate von 3,5 bis 5 %. Nennen Sie exakt die Größe, die sich um den angegebenen Prozentsatz verändert. (2 Punkte)

11. Für das Jahr 2022 werden Probleme beim Ziel Preisniveaustabilität erwartet. (12 Punkte)
 - a) Benennen Sie die Institution, die für die Erreichung dieses Ziels verantwortlich ist.
 - b) Die Zielerreichung wird mit Hilfe der Inflationsrate gemessen. Im November 2021 betrug die Inflationsrate 5,2 %. Erläutern Sie diesen Wert und was genau wann um 5,2 % gestiegen ist.
 - c) Das Inflationsziel sollte bezogen auf den Jahreszeitraum ca. 2 % betragen. Beschreiben Sie zwei Gründe, warum die Inflationsrate Ende 2021 erheblich über dem Zielwert lag.

Stil, Aufbau, Argumentation:

5 Punkte

Lösungsvorschlag
zur Abschlussprüfung
im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/r

vom 31. Mai 2022 bis 3. Juni 2022

1. Prüfungsaufgabe:
Wirtschafts- und Sozialkunde

Die nachfolgenden unverbindlichen Hinweise zur Lösung behandeln die nach Auffassung des Erstellers maßgeblichen Probleme der Aufgabe.

Sie stellen keine „Musterlösung“ dar und schließen andere vertretbare, folgerichtig begründete Ansichten selbstverständlich nicht aus. Der Inhalt und der Umfang der Lösungshinweise, die Ausführlichkeit und die Detailgenauigkeit der Darlegungen enthalten insbesondere keinen vom Prüfungsausschuss vorgegebenen Maßstab für die Leistungsanforderung und –bewertung.

Staatsrecht

30 Punkte

1. Art. 62 GG: Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern.

2. Gemäß Art. 65 S. 1 GG hat der Bundeskanzler die sogenannte Richtlinienkompetenz. Er übernimmt damit die Führungsrolle im Kabinett und trägt die politische Verantwortung. Das ist das Kanzlerprinzip.

Gemäß Art. 65 S. 2 GG leitet jeder Bundesminister innerhalb der vom Bundeskanzler vorgegebenen Richtlinien seinen Geschäftsbereich selbständig und eigenverantwortlich. Das ist das Ressortprinzip.

Gemäß Art. 65 S. 3 GG wird bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluss gleichberechtigter Kabinettsmitglieder getroffen. Das ist das Kollegialprinzip.

3. Art. 67 GG: konstruktives Misstrauensvotum

4. Am 26.10.2021 trat der 20. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das ist der Beginn der Wahlperiode. Gemäß Art. 39 Abs. 1 S. 2 GG findet die Neuwahl frühestens 46 und spätestens 48 Monate nach dem 26.10.2021 statt. Die nächste reguläre Wahl würde damit frühestens am 27.08.2025 und spätestens am 26.10.2025 stattfinden.

5. Nach § 1 BWahlG beträgt die gesetzliche Mitgliederzahl 598.

6. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei durch Erststimmen mehr Direktmandate erringt, als ihr durch das Zweitstimmenergebnis zustehen.

Ausgleichsmandate gleichen die Sitzverschiebung durch Überhangmandate wieder aus, so dass alle Parteien mit ihrem Zweitstimmergebnis vertreten sind.

Bürgerliches Recht

(Hinweis: Rechtsstand VSV zur Sommerprüfung 2022 – Stand: 139. Ergänzungslieferung vom 14. Juli 2021)

35 Punkte

7.

a) Voraussetzungen für den Abschluss eines Vertrages

Vorliegen eines Kaufvertrages (§ 311 Abs. 1 BGB)?

Angebot, § 145 BGB?

Angebot der Stadt Muldenaue?

Handeln des Bürgermeisters als gesetzlicher Vertreter, § 51 sächs. GemO

Annahme § 147 BGB?

Annahme durch die Fa. Pfitzer?

Nein, Ablehnung wegen höherem Preis

Angebot durch Fa. Pfitzer?

Ablehnung nach § 150 Abs. 2 BGB ist gleichzeitig neues Angebot!

Annahme durch Stadt Muldenaue?

Bürgermeister ist einverstanden

Vertrag liegt vor

b) Recht der Stadt Muldenaue auf Rücktritt gem. §§ 437 Nr. 2, 323 BGB?

Anspruch der Stadt auf Rücktritt, §§ 437 Nr. 2, 323 BGB?

Mangelhafte Sache?

§ 434 Abs. 1 Nr. 2 BGB gewöhnliche Verwendung bei einer Beschaffenheit, die bei Sachen gleicher Art üblich ist und die der Käufer erwarten konnte

Es darf erwartet werden, dass bei einem medizinischen Corona-Schnelltest eine verständliche, insbesondere in deutscher Sprache abgefasste, Anleitung beigelegt wird

Kaufsache (§ 90 BGB) ist mangelhaft

Im Zeitpunkt des Gefahrübergangs (§ 446 BGB) – schon bei erster Verwendung nach Lieferung

Rücktritt gemäß § 323 Abs. 1 BGB? - § 437 Nr. 2!!

Gegenseitiger Vertrag, s.o.

Fällige Leistung § 271

Nicht wie geschuldet erbracht, s.o.

Angemessene Frist zur Nacherfüllung (§ 439 BGB?)

Keine Frist gesetzt

Entbehrlichkeit nach § 323 Abs. 2 BGB? - nicht ersichtlich, eine Anleitung in deutscher Sprache hätte ersichtlich wegen der (einfachen) Verwechslung wohl nachgeliefert werden können

Anspruchsvoraussetzungen für sofortigen Rücktritt wegen Mangelhaftigkeit damit nicht gegeben

Anspruch auf Rücktritt der Stadt Muldenaue besteht nicht

Wirtschaft

30 Punkte

8. Es lassen sich nie alle vier Ziele gleichzeitig verfolgen. Nicht zwischen allen Zielen besteht Zielharmonie. Teilweise bestehen zwischen den Zielen auch Zielkonflikte. (Auch andere Formulierungen sind möglich.)

9.

a) Zwischen den Zielen besteht Zielharmonie. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel das Ziel des angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstums verfolgt, wird damit gleichzeitig das Ziel des hohen Beschäftigungsstandes indirekt mit erreicht. Beide Ziele lassen sich also mit demselben Mitteleinsatz verfolgen. Ein hohes Wirtschaftswachstum führt auch zu einem hohen Beschäftigungsstand. Umgekehrt wirkt ein hoher Beschäftigungsstand wieder positiv zurück auf das Wirtschaftswachstum, da höhere Einkommen für Konsum zur Verfügung stehen und damit mehr gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorhanden ist.

b) Beispiel: Die Bundesregierung versucht mit öffentlichen Investitionen in Infrastruktur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben. Durch diese Staatsnachfrage steigt das reale BIP (= Wirtschaftswachstum). Gleichzeitig führt dies zu einer Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Beschäftigung steigt. Dies führt wiederum zu mehr Einkommen und privater Nachfrage (Konsum). Dies fördert unter Umständen wieder das Wirtschaftswachstum.

Auch andere Beispiele sind zulässig.

10. Es ändert sich das reale Bruttoinlandsprodukt

11.

a) Europäische Zentralbank

b) Die Fragestellung kann von verschiedenen Blickwinkeln aus beantwortet werden. Ein Anstieg der Inflation auf 5,2 % bedeutet

- einen Anstieg des Preisniveaus von 5,2 % im letzten Jahr
- eine Verteuerung der im Warenkorb des Verbraucherpreisindex zusammengefassten Waren und Dienstleistungen von 5,2 % im letzten Jahr
- Verlust der Kaufkraft des Geldes bezogen auf das letzte Jahr
- Verlust des Geldwertes bezogen auf das letzte Jahr

c) Mögliche Ursachen sind:

- Gestiegene gesamtwirtschaftliche Nachfrage z. B. durch das Anziehen der Konjunktur in China
- Angebotsverknappung durch Lieferengpässe aufgrund der Pandemie
- Gestiegene Faktorkosten z. B. bei Rohstoffen aber auch Personal (z. T. auch durch gesetzliche Vorschriften)
- Umsatzsteuererhöhung gegenüber Dezember 2020

Weitere sinnvolle Ursachenbeschreibungen sind zulässig

Stil, Aufbau, Argumentation:

5 Punkte